

Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige,
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark,
mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Insertate: Die 4gepaltenen Petitzeile 15 Pfennige.
Redaction, Druck und Verlag von R. Grafmann,
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.



Abend-Ausgabe.

Montag, den 27. Januar 1879.

Nr. 44.

Landtags-Verhandlungen.

Abgeordnetenhause.

38. Sitzung vom 25. Januar.

Präsident von Bennigsen eröffnet die Sitzung um 10 Uhr.

Am Ministertisch: Friedenthal und mehrere Regierungs-Kommissarien.

Tagesordnung:

Eingegangen ist vom Justizminister ein Nachtragsetat der Justizverwaltung für 1879-80.

Ohne erhebliche Debatte genehmigt das Haus in dritter Beratung den Staatsvertrag mit Lippe, betreffend die Gründung einer Gerichtsgemeinschaft, sowie in zweiter Beratung den Gesetzentwurf betreffend die Radfelgebühren der Fuhrwerke in der Provinz Hannover.

Es folgt die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Rheinisch-Westfälische Eisenbahn-Gesellschaft; die Kommission empfiehlt die Annahme desselben nach den Beschlüssen des Herrenhauses.

Abg. Hamacher hält an dem bereits in erster Lesung geltend gemachten Bedenken fest, in Rheinisch-Westfälischen Eisenbahnen in allen Fällen den Amtsrichter als erste Instanz einzusetzen, also abweichend von der neuen Prozessordnung, nach welcher die Zuständigkeit des Amtsrichters nur bis zu 3000 M. geht. Er beantragt, auf diese Gerichte die allgemeinen Zuständigkeitsvorschriften der neuen Justizgesetze anzuwenden.

Referent v. Cuny weist darauf hin, daß nach der Rheinisch-Westfälischen Eisenbahn-Gesellschaft ein möglichst beschleunigtes sein solle, daß es ferner sich empfehle, den Ehatbestand möglichst schnell zu beschleunigen, was durch das Landgericht nicht zu ermöglichen sei. Da die Beweisaufnahme nur durch den Amtsrichter schnell erfolgen könne, so müsse derselbe auch Protokollrichter sein.

Nach längerer Debatte, in welcher sich die Abgg. Bachem, Loewenstein, Windt, Horst (Vielefeld) gegen die Ausführungen Hamachers und des Abg. Schröder (Danzig) dahin ausgesprochen, lehnt das Haus den Antrag Hamachers ab und genehmigt diesen Gesetzentwurf, sowie den Gesetzentwurf, betreffend die Elbzollgerichte.

Hierauf wird die zweite Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Errichtung von Landeskulturrentenbanken, fortgesetzt.

Nach § 9 soll das Statut Vorschriften treffen über die wegen Instandhaltung der Meliorationsanlagen erforderlichen Kontroll-Vorschriften, über die Berücksichtigung der erzielten Mehrerträge etc. Hinter diesen Paragraphen hat die Kommission 23 neue Paragraphen eingeschaltet, welche besondere Bestimmungen für Darlehen auf Drainierungsanlagen enthalten.

Abg. v. Uechtritz-Steinkirch will diese Vorschriften auch auf die Wiesendrainierungsanlagen ausdehnen.

Referent Schroeder (Lippstadt) führt aus, daß die von der Kommission beschlossenen materiellen Abänderungen der Regierungsvorlage lediglich aus dem Bestreben hervorgegangen sind, die Erreichung der für die wirtschaftliche Produktion des Landes wohlgemeinten Zwecke der Vorlage noch mehr zu erleichtern. Die neu eingeschobenen Paragraphen § 9a bis § 9c bezwecken, es dem schon stark verschuldeten Grundbesitzer zu ermöglichen, sich billiges Geld zur Hebung des Bodenertrages auf dem Wege der bewährten Drainage zu beschaffen und hierbei sei es die Hauptsache gewesen, den Darlehen zu diesem speziellen Zwecke in irgend einer Weise das Vorkaufsrecht vor anderen Realberechtigten zu gewähren.

Abg. v. Mühlbeck schlägt vor, die sämtlichen §§ 9a bis § 9c über Bord zu werfen und wünscht nur den in § 9 ausgesprochenen Gedanken getreue zu sehen, wonach bei Darlehen, welche den dreifachen Betrag des Grundsteuerertrages des zu meliorierenden Grundstücks nicht übersteigen, die Auseinandersetzungsbehörde die Bekanntmachung der Realberechtigten und die Verhandlung mit denselben soll unterlassen können.

Abg. Schellwitz tritt für die Beschlüsse der Kommission ein, durch welche keineswegs die Landchaften geschädigt würden.

Abg. v. Ludwig: Die ganze Serie §§ 9a bis § 9c bezwecke nichts Anderes, als daß sie uns etwas scheinbar Gutes bieten will, aber auf Kosten der zuletzt erklärten Gläubiger. Und welcher Preis

werde für diese scheinbare Wohlthat gefordert? Die Durchbrechung des Rechts und der landchaftlichen Statuten. Er beantragt daher im Einverständnis mit dem Abg. Mühlbeck, die sämtlichen §§ 9a bis § 9c zu streichen.

Minister Friedenthal: Ich kann dem System dieser Paragraphen zustimmen; der Einwand, daß durch sie in die Privatrechte Dritter eingegriffen werde, ist ungerechtfertigt. Die definitive Eintragung des Vorkaufsrechts erfolgt erst dann, wenn die Verbesserung des Grundstücks vollzogen ist; hierauf wird von Seiten des Herrn Justizministers ein großer Werth gelegt. Ferner handelt es sich nicht um die formelle Präklusion von Gläubigern, sondern dem ganzen Verfahren muß die Feststellung vorangehen, daß die beabsichtigte Verbesserung des Grundstücks das nötige Äquivalent gegenüber dem Darlehen bietet. Es liegt also kein Grund zu der Behauptung vor, daß durch diese Paragraphen die Rechtssicherheit erschüttert werde. Ich muß mich gegen das Amendement des Abg. v. Uechtritz-Steinkirch erklären, da sich die an sich so wichtige Wiesendrainierung nicht so wie die Drainage dazu eignet, in diesem Gesetz berücksichtigt zu werden.

Abg. v. Müllnerode: Der Wunsch, der hier verwirklicht werden soll, bewegt seit Jahren die landwirtschaftlichen Kreise des Ostens, dem ich angehöre. Ich kann aus meiner eigenen Erfahrung sagen, daß erst durch die Drainage auf gute Ernten zu rechnen ist.

Abg. Febr. v. d. Goltz: Durch das Hineinziehen der Auseinandersetzungsbehörden machen Sie das Verfahren der Beleihung für Meliorationszwecke so schwerfällig und langwierig, daß Niemand, dem nicht das Messer an der Kehle sitzt, diesen Weg einschlagen wird.

Der Antrag v. Uechtritz wird abgelehnt, ebenfalls der Antrag v. Ludwig auf Streichung der §§ 9a bis § 9c und werden die §§ 9, 9a-10 ohne erhebliche Debatte genehmigt.

§ 9c bestimmt, daß die Benachrichtigung an die Realberechtigten unterbleiben kann, wenn das Darlehen den dreifachen Betrag des Grundsteuerertrages nicht übersteigt.

Hierzu wird ein Antrag des Abg. Schellwitz, welcher die Benachrichtigung an die Realberechtigten nur unterlassen will, wenn dies nach statutarischer Bestimmung zulässig und das Darlehen den dreifachen Betrag des Grundsteuerertrages nicht übersteigt, angenommen.

Die Kommission hat die §§ 27 und 28, welche die Staats-Garantie für die Landeskulturrentenbriefe behandeln, gestrichen.

Minister Friedenthal glaubt mit der Staatsgarantie den neu geschaffenen Instituten einen Dienst zu erwiesen, aber er will gegen den Willen der Kommission dieses Beneficium nicht streichen.

Entgegen einem Antrage v. Ludwigs auf Herstellung der Regierungsvorlage, werden beide Paragraphen gestrichen.

Die übrigen Paragraphen des Gesetzes werden mit unerheblichen redaktionellen Änderungen nach der Fassung der Kommission angenommen.

Hierauf vertagt sich das Haus.

Nächste Sitzung: Dienstag 10 Uhr.

Tagesordnung: Kleinere Vorlagen; Nachtragsetat der Justizverwaltung; Justizgesetze; Befähigung für höheren Verwaltungsdienst und dritte Beratung des Gesetzentwurfs, betreffend die Landeskultur-Rentenbanken.

Schluss 4 1/4 Uhr.

Deutschland.

Berlin, 25. Januar. Nach amtlicher Mitteilung aus Konstantinopel ist die Getreide-Ausfuhr aus dem Sandschat Cazei Arboa, District von Tschatalabscha und Umgegend von Konstantinopel bis zur neuen Ernte verboten. Nur das nach Konstantinopel bestimmte Getreide ist von diesem Verbot ausgenommen. Ein gleiches Ausfuhrverbot ist für das Sandschat Jerusalem erlassen worden. Von diesen Verboten werden diejenigen Kontrakte, welche vor Erlass derselben abgeschlossen worden sind, nicht betroffen, wenn sie binnen zehn Tagen der zuständigen Behörde zur Beglaubigung vorgelegt werden.

Die rumänischen Kammern werden nach allem, was man hört, die Gleichstellung der Konfessionen grundsätzlich beschließen, im Gegensatz zu dem bekannten Beschlusse der serbischen Stupskina, welcher den Bestimmungen des Berliner Kongresses nicht entsprach. Aber die Mächte werden voraus-

sichtlich auch die rumänischen Beschlüsse sorgfältig prüfen, ob sie genügende Bürgschaften für die Bedingungen bieten, welchen den Kongress die Anerkennung Rumäniens untergeordnet hatte. Die europäische Kommission setzt die Ausarbeitung des Statuts für die Organisation Ost-Rumeliens fort. Dadurch sind thatsächlich die Aussetzungen widerlegt, als ob die Kommission die Ausführung des Berliner Friedens für unmöglich erklärt hätte. Mehrere Mächte haben überdies ihre Kommission, wie bestimmt verlautet, angewiesen, sich streng auf die Ausführung ihres Mandats zu beschränken und von politischen Demonstrationen in dem einen oder anderen Sinne fernzubehalten.

Ausland.

Wien, 25. Januar. Abgeordnetenhause. In Verantwortung der bezüglich der Pestgefahr an die Regierung gerichteten Interpellation erklärte der Ministerpräsident, nach dem durch das Ministerium des Auswärtigen der Regierung ausgegangenen Nachrichten herrsche die allgemein für die Pest gebaltene, offiziell jedoch nicht als solche bezeichnete Epidemie in 6 Ortschaften an der Wolga und auf deren Inseln. In Folge der von der russischen Regierung ergriffenen Maßregeln sei es bis jetzt gelungen, den Herd der Epidemie zu begrenzen. Die Gerüchte von dem Ausbruch der Pest in Jarislin seien unwahr und auch die Nachricht vom Ausbruch der Pest in Nischnei-Nowgorod werde als unrichtig bezeichnet. Ueber den russischen Kordon hinaus sei die Suche nicht gekommen, übrigens habe die russische Regierung zur größeren Sicherheit auch um Jarislin einen Quarantäne-Kordon aufgestellt. Auch innerhalb des Korons trete die Epidemie neuerlich weniger intensiv auf, die Gefahr für die österreichische Monarchie sei demnach keine imminente. Deswegen sei die Regierung zu Vorsichtsmaßregeln entschlossen und würden wegen eines gleichförmigen Vorgehens bereits mit der ungarischen und mit der deutschen Regierung Verhandlungen gepflogen. Zu den äußersten Vorkehrungen zu schreiten, erschiene unter den obwaltenden Verhältnissen nicht gerechtfertigt, es sei die Möglichkeit nicht ausgeschlossen, daß die Epidemie auf den Herd der Suche beschränkt bleibe. Die Regierung werde dem Gegenstande fortgesetzt die ernsteste Aufmerksamkeit zuwenden.

Wien, 25. Januar. Die unter dem Vorstehe des Ministerpräsidenten, Fürsten Auersperg, anlässlich der im Gouvernament Atrachon ausgebrochenen Epidemie hier tagende Kommission hat, wie die „Pol. Korr.“ mitteilt, heute ihre Beratungen fortgesetzt und vorläufig abgeschlossen, und wird der Vertreter der deutschen Regierung, Geh. Regierungsrath Dr. Finkelnburg, morgen nach Berlin zurückreisen.

Die Kommission beschloß heute folgende Gegenstände und Waaren von der Einfuhr aus Russland auszuschließen: Ungereinigte Leib- und Bettwäsche, gebrauchte Kleiderhaben, Pelzwerk, Felle, Häute, halbgare, sowie sämtlich zugerichtete Ziegenleder und Schafleder, Blasen, Därme, gefüllte Därme, Haare, Borsten, Federn, Kaviar, Fische, Sarcopabalsam. — Schafwolle ist vor der Zulassung zu desinfizieren, dergleichen Seife und Papier-Geldbündeln; Schiffe aus russischen Häfen und die darauf befindlichen Personen und Waaren sind vor der Zulassung zum freien Verkehr, unbeschadet der in den Vorschriften begründeten weiteren Verfügungen, einer sanitären Revision zu unterziehen. Nach den Umständen sind die von der Kommission aufgestellten Grundzüge auf Provenienzen aus den Gegenden der unteren Donau anzuwenden. Der rumänischen Regierung sind die von der Kommission gefassten Beschlüsse bekannt zu geben, zugleich ist derselben die Bereitwilligkeit der Kommission zu weiterem unmittelbarem Einvernehmen auszusprechen.

Wien, 25. Januar. Die „Pol. Korresp.“ meldet:

Aus Athen: Die Pforte hat durch ihren hiesigen Vertreter ihrem Befremden darüber Ausdruck geben lassen, daß die griechischen Kommissäre für die Grenzregulierung abgereist sind, bevor die Pforte den Tag für den Zusammentritt der Kommission bekannt gab. Die Pforte hat gleichzeitig der Korvette „Diga“, welche die griechischen Kommissäre an Bord hatte, die Einfahrt in den Golf von Arta verwehren lassen. Die griechischen Kommissäre landeten demzufolge bei Bonifaz, von wo sie sich auf-

dem Landwege nach Anino begeben werden. Das Vorgehen der Pforte erregt hier das peinlichste Aufsehen. Man erblickt darin eine neue Verschleppung der Verhandlungen.

Aus Bukarest: Die rumänische Regierung hat Schritte gethan, um an der in Wien tagenden Konferenz über die pestartige Epidemie in Russland Theil zu nehmen.

Prag, 25. Januar. In dem vor dem hiesigen Landesgerichte anhängigen Prozesse gegen 16 Teilnehmer des geheimen sozialdemokratischen Delegirten-Kongresses, welcher im April vorigen Jahres in Drobnoo tagte, wurden in der heutigen geheimen Verhandlung zwei Angeklagte zu vier Monaten, fünf zu drei Monaten und sechs zu einem Monat Gefängnis verurtheilt. Drei Angeklagte wurden freigesprochen.

Haag, 25. Januar. Die feierliche Beisetzung der Leiche des Prinzen Heinrich hat heute in der Kirche zu Delft stattgefunden. Der Feierlichkeit wohnten bei die Prinzessin-Witwe, der König, die Prinzen Alexander und Friedrich der Niederlande, Prinz Friedrich Karl von Preußen, Prinz von Wied, und der Großherzog und Prinz Hermann von Sachsen-Weimar, ferner viele auswärtige fürstliche Spezialgesandte, die Mitglieder des diplomatischen Korps, die Spitzen der Behörden und zahlreiche Deputationen. Die Trauerrede wurde von dem Pastor Koelsveld gehalten, welcher die Verdienste des Verstorbenen um den König, das Vaterland und Luxemburg hervorhob.

Rom, 25. Januar. Anlässlich der letzten päpstlichen Enzyklika sollen im Vatikan Drohbriefe aus verschiedenen Theilen Europas seitens der Internationalisten und Sozialisten angelangt sein; es wird versichert, der Vatikan werde diese Briefe zur Kenntniss der internationalen Regierungen bringen.

London, 25. Januar. Nach einer Mittheilung der „Prestaffocation“ hat die königliche Yacht „Victoria and Albert“ Befehl erhalten, in der ersten Woche des April feierlich zu sein, um die Königin nach dem Kontinent überzuführen. Die Königin beabsichtigte, zunächst das Grab der Großherzogin Alice von Hessen zu besuchen und werde sich sodann nach Koburg begeben.

London, 25. Januar. Der „Standard“ meldet aus Port Natal vom 3. d.:

Der König der Zulus, Cinywayo, hat alle Forderungen der englischen Regierung abgelehnt und ein Heer von 8000 Mann an der Grenze zusammengezogen. Der Ober-Kommandant der englischen Truppen, General Belmford, hat sich in Folge dessen mit dem Generalkommando nach der Grenze begeben und ist dem Könige Cinywayo zu seiner Unterwerfung von der englischen Regierung eine Frist bis zum 11. Januar gestellt worden.

Provostzettel.

Stettin, 27. Januar. Bei dem gestrigen Krönungs- und Diensttage haben innerhalb unserer Provinz nachstehende Ordensverleihungen stattgefunden. Es erhielten:

Den Stern zum Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe:

von Herentheil und Gruppenberg, General-Lieutenant und Kommandant von Stettin. Den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub und Schwertern am Ringe:

Freiherr von Schleich, General-Major und Kommandeur der 3. Kavallerie-Brigade, von Woborn, General-Major und Kommandeur der 6. Infanterie-Brigade.

Den Rothen Adler-Orden zweiter Klasse mit Eichenlaub:

Graf von Behr-Regendanz, Regierungs-Präsident zu Stralsund, Hartmann, General-Major und Kommandeur der 2. Fuß-Artillerie-Brigade, von Larisch, General-Major und Kommandeur der 5. Kavallerie-Brigade.

Den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife und Schwertern am Ringe:

von Noon, Oberst und Kommandeur des Grenadier-Regiments König Friedrich Wilhelm IV. (1. Pommerschen) Nr. 2.

Den Rothen Adler-Orden dritter Klasse mit der Schleife: von Behr, Kammerherr und Mitglied des Herrenhauses, auf Schmoldow, Kreis Greifswald, von Garnier, Oberst und Kommandeur des 2.

